

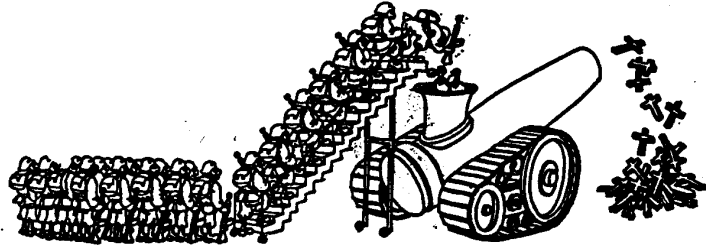
Special

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina, Kroatien und die Friedensbewegung

Da hilft kein Waschen der Hände in Unschuld: "Wir haben doch strikte Einhaltung des Waffenembargos gefordert, unsere pazifistische Seele ist rein geblieben, denn wir lehnen doch jede militärische Intervention ab, die Konflikte müssen doch durch geduldige Verhandlungen entschärft werden....", zunächst einmal müssen wir uns eingestehen: Die Friedensbewegung ist tot, es gibt sie nicht auf den Strassen - sie ist aber vor allem in uns selbst erstorben. Nach all der Vergeblichkeit: Wir haben nie einen Krieg verhindern können - und nach jahrelang empfangenen Greuelbildern von nie endenden Kriegen sind wir abgestumpft. Nach der Unfähigkeit zu trauern - wächst die Unfähigkeit mit-zu-leiden. Für die Opfer dieser Schlachten, dieses Abschlachtens gibt es - von Ausnahmen abgesehen - keine Demonstrationen, keine Mahnwachen, keine täglichen Friedensgebete, keine allabendlichen Schweigekreise wie zuletzt noch während des Kuwaitkrieges -, und geschieht doch dieses Morden nicht am fernen Golf, sondern mitten in Europa, bei unseren Nachbarn.

Und es handelt sich eben nicht um einen Bürgerkrieg, um ethnische Konflikte, bei denen man einen neutralen Standpunkt einnehmen könnte; sondern um einen brutal und skrupellos geplanten Eroberungs-, Vertreibungs-, Zerstörungs- und Völkermordkrieg von Machthabern, die um der Ideologie eines Grossserbiens willen nicht nur andere Völker, letztlich auch das eigene - von einer beispiellosen Desinformationspropaganda verhetzte - Volk ins Elend führen. Von "Grossserbien" wird kein Serbe groß werden, so wenig wie von "Grossdeutschland" ein Deutscher groß geworden ist.

Und wir haben es bei den Aggressoren nicht mit Kräften zu tun, die sich an internationale Spielregeln halten: Alle Verhandlungen waren nur Zeitgewinn für die Terroristen, um ihre Kriegsziele zu erreichen und um sie ständig zu erweitern. Diese Kräfte sind auch nicht mit Mitteln der "Sozialen Verteidigung" zu bekämpfen, so wenig wie das Führerdeutschland. Die da ethnisch reine Gebiete schaffen, tragen auch keine Sitzblockierer vom Platze - und



lassen sie nach Feststellung der Personalien am Leben.

Diese Kräfte werden ihren Amoklauf erst dann beenden, wenn ihnen die Waffen aus der Hand genommen werden - und darum geht es - zunächst und jetzt.

Ohne Beendigung des Krieges gibt es keine wirksame Friedensarbeit. Wobei das Schweigen der Waffen, Auflösung der Konzentrationslager ... nur ein Anfang sein kann. Was hier Menschen Menschen angetan haben, ist unvergeßbar - und es braucht Generationen, um die inneren Zerstörungen zu heilen.

Es gibt keinen Grund, nicht auf der Seite der Opfer zu stehen, welchem Volk sie auch angehören -, unsere Solidarität gehört ausdrücklich allen Opfern. Die im Verlauf dieses Krieges auch von den anderen Kriegsparteien verübten Menschenrechtsverletzungen müssen ebenso angeklagt und verurteilt werden. Das kann doch aber unser Mitgefühl für die noch unübersehbare Zahl der Opfer der ethnischen Säuberungen nicht verringern. Es gibt keinen Grund, Verbrecher nicht Verbrecher zu nennen, die nach dem Gesetze des Menschen- und Völkerrechts abzuurteilen sind.

Mit zunehmender Tendenz beginnt die "offizielle" Friedensbewegung aber gerade die schuldig zu nennen, die verzweifelt um ihr Leben und um ihre Heimat kämpfen - und sie auf eine Stufe zu stellen mit denen, die - hochgerüstete und vielfach überlegen - ihre "ethnische Säuberung" durchführen.

Sich auf Verhandlungen und Appelle zu beschränken, heißt, die Mörder zu unterstützen, kostet tausendfaches Leben - und wird in diesem Winter allein durch Verhungern, Erfrieren und Verdursten Hunderttausenden das Leben kosten, an das kommende Schlachten im Kosovo noch gar nicht zu denken.

Es muß das Ziel bleiben: OHNE RÜSTUNG LEBEN!

Es muß das Ziel bleiben, daß die Waffen aus Deutschland, den USA, Frankreich, England, Israel, aus den ehemaligen Ostblockstaaten... nicht mehr die Welt überschweben; es sind diese Waffen, die die Kette von nicht abreißenden Kriegen erst ermöglicht haben - und weitere möglich machen.

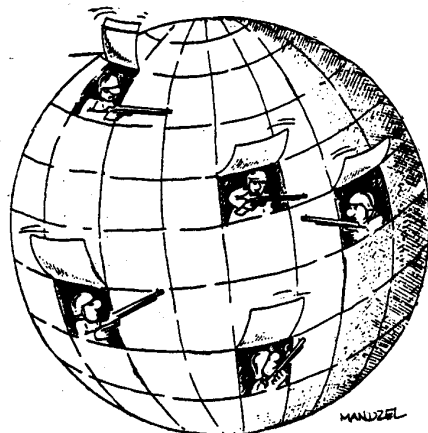
Ein absolutes Waffenembargo ist gut, wenn dem Aggressor gleichzeitig die Waffen aus der Hand genommen werden. Jetzt aber die Opfer der Willkür eines überlegenen, grausamen Gegners zu überlassen, macht die Schande für Nur-Zuschauer noch grösser. Und für diesen Genozid mitten unter uns muß sich Europa und müssen wir alle uns schämen.

Das bedeutet nun keineswegs, daß die Lösung nur in militärischen Aktionen zu suchen wäre. Nur waren und sind die diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen Druckmittel ja keineswegs konsequent angewandt worden, es gibt kein konsequent durchgeführtes Embargo, insbesondere fließt ununterbrochen der Treibstoff für die Kriegsmaschinerie. Es fehlen auch die entschiedenen Aktionen der Friedensbewegung, bei uns und - da wären sie besonders notwendig - in Zagreb und Belgrad. Es fehlt auch die entschiedene Unterstützung des gemeinsamen Friedensappells der kroatischen und serbischen Kirchenführer, des Kardinals Kuharić und des Patriarchen Pawle.

Diese hier geäußerten Meinungen sind nicht ex cathedra ausgesprochen und stellen keineswegs die Mehrheitsmeinung des AK Mir dar. Es können auch nicht mehr als ein Versuch sein, uns aus der Lethargie aufzuwecken. Es sind auch eher Fragen als Antworten.

Am 29. Oktober 1992 um 20 Uhr wird die Fachschafftskonferenz in einer Informations- und Diskussionsveranstaltung allen interessierten Studentinnen und Studenten und anderen Menschen Gelegenheit geben, sich über den Krieg in Bosnien-Herzegowina und Kroatien zu informieren - denn groß ist die Desinformation auch bei uns - und wird vielleicht helfen, zu einer bewußteren Einstellung zu den Konflikten und zur Hilfeleistung zu kommen.

Bert Hauch



Die Verfeindeten ist überbrücken! Ob ich das Fleisch trotzdem essen kann?



Klar! Ob Fleisch- oder Blutrührung ist doch egal!



Sprechen

Am 11. November findet in der Alten Aula die 42. Veranstaltung der Reihe: "Dichtung sprechen - Dichtung hören" statt. Klagenden Stimmen zufolge könnte es eine der letzten sein. Dies hängt damit zusammen, daß die Ausführenden - Studierende, die sich der Sprechwissenschaft widmen - fürchten, in Zukunft in Heidelberg keine Ausbildung mehr absolvieren zu können. Ihre bisherige Ausbildung erfolgte, rechtlich gesehen, in einer Grauzone, deren "Aufklärung" jetzt ansteht. Grund ist, daß über Jahrzehnte hinweg am Sprachlabor ein Ausbildungsgang aufgezogen wurde, ohne dafür Sorge zu tragen, daß er rechtlich abgesichert werde. Er hing an der Person von Herrn Lotzmann, seit dessen Pensionierung er in seiner bisherigen Form nicht mehr weiter existieren kann. Seit 1962 ist Herr Lotzmann am DI

(Dolmetscherinstitut, jetzt IÜD = Institut für Übersetzen und Dolmetschen) der Uni HD, zuständig für die Sprechausbildung der zukünftigen DolmetscherInnen, beschäftigt. Das Angebot wird bald um theoretische Veranstaltungen zur Sprechwissenschaft erweitert. 1975 wird in Heidelberg eine Prüfstelle der DGSS eingerichtet. Die DGSS ist die Deutsche Gesellschaft für Sprechwissenschaft und Sprecherziehung e. V. Sie nimmt Prüfungen ab, die zum Tragen des Titels "geprüfte SprecherzieherIN der DGSS" berechtigen. SprecherzieherInnen werden in der Erwachsenenbildung der Volkshochschulen, in der Gewerkschaftsarbeit, in der politischen und kirchlichen MitarbeiterInnenschulung, in der LehrerInnenausbildung, in Schauspielschulen und Theatern, in Betrieben eingesetzt. 1982 tritt Herr Lotzmann das erste Mal mit der Reihe "Dichtung sprechen - Dichtung hören" an die Öffentlichkeit. Durchgeführt werden diese Veranstaltungen gemeinsam von Studierenden, Lehrbeauftragten und LektorInnen. Sie sind Ausdruck für die intensive sprecherzieherische und sprechwissenschaftliche Ausbildung, die neben dem "Routineangebot" des Fachgebiets Sprechwissenschaft/Sprecherziehung (FG SW/SE) geleistet wird.

Für folgende Studiengänge müssen Veranstaltungen im FG SW/SE belegt werden: IÜD, Deutsch als Fremdsprache, Theologie je nach Landeskirche, Lehramtsstudiengänge je nach Bundesland. Diese Veranstaltungen werden seit 1987 (seit dem Zeitpunkt der Ausgliederung des FG SW/SE aus dem IÜD) zentral am ZSL angeboten. Darüber hinaus gibt es Angebote für Interessierte aller Fakultäten, die regen Zuspruch finden. Es handelt sich um Rhetorikkurse, interpretierendes Sprechen von Lyrik und Prosa, Übungen zur Stärkung und Schulung der Sprechstimme. Für physisch und psychisch bedingte Sprechstörungen gibt es therapeutische Angebote. Hierüber gelangen viele Studierende zur weiteren Beschäftigung mit sprecherzieherischen Grundlagen. Einige streben schließlich die Ausbildung als SprecherzieherInnen an. Aufgrund der Pensionierung Lotzmanns sind gerade die Grundlagenseminare zur Sprechwissenschaft und Sprecherziehung gefährdet. Erhalten bleiben sollen nur die praktischen Veranstaltungen. Hauptargument für diese "Abwicklung" ist die vorgebliche "Unwissenschaftlichkeit" der Sprechwissenschaft. Dies verwundert: In allen anderen europäischen Ländern und in den FNL (z. B. Halle und Berlin) ist

grund unphysiologischer Stimmgebung, die es nicht erlauben, Sprechberufe auszuüben, wird es immer geben. Sprechwissenschaft und Sprecherziehung bieten daher sichere Berufschancen. Über ihre Chancen und weiteres Vorgehen werden sich die Studierenden dieses Fachgebiets am Montag, 16. Nov., 14.00 Uhr auf einer VV im Sprachlabor beraten.

Andrea, Kirsten
Nachsatz: Ein sachlich von der Redaktion verschlimmbesserter Artikel zu diesem Thema unter meinem Namen in der Zeitung "Metamorphosen" ist nicht von mir autorisiert.

Andrea



Volkserziehung

in Lateinamerika



Im Blick auf die Feierlichkeiten und Aktionen zum Columbusjahr 92 meine in Lateinamerika viele, daß die (wirkliche) Entdeckung Lateinamerikas noch gar nicht stattgefunden habe. Mit einer Wanderausstellung unter der Überschrift "Die Welt buchstabieren - Volkserziehung in Lateinamerika" soll im Rahmen der Aktion "500 Jahre Entdeckung und Eroberung Amerikas" die Praxis basisnaher Erziehungs- und Bildungsprojekte einer breiteren Öffentlichkeit vor-

gestellt werden. Über mehrere Jahre hat der Arbeitskreis eine Fülle von Materialien aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas zusammengetragen, die die kreative Praxis lateinamerikanischer PädagogInnen anschaulich dokumentieren.

Für deutsche LehrerInnen nicht nur informativ, sondern auch anregend dürften in der Ausstellung die vielen originellen didaktischen Materialien sein, die nach dem Motto "Not macht erfindend" oft mit einfachsten Mitteln für einen bestimmten pädagogischen Kontext hergestellt wurden: Alphabetisierungshefte, Wandbilder aus Mehlsäcken, Handpuppen für etwa fünf Mark oder die von Inkas erfundenen Rechenschüre und Rechenbretter und vieles andere mehr. Viele der vorgestellten Projekte berichten vom Leben und Lernen der Kinder und Jugendlichen in Lateinamerika.

Die Ausstellung wird vom 23.11. bis 11.12.92 im Foyer der PH, Keplerstraße 87 (Altbau) gezeigt.

Parallel bietet die Kolumbiengruppe eine Ringvorlesung an (vgl. Terminä)

INDEPENDENT
TELE
AS DING
Thob
Sattler
Winterk...
26.11.92
19⁹²
Prüfungsort von der Fachschaft...
Zusammenarbeit mit der Init. f. ein Kulturzeitalter.

diese Ausbildung akademisch organisiert. Gerade Grundlagen der Sprechwissenschaft stellen einen wichtigen Bestandteil des Angebots für Studierende der Philologien, der Psychologie, der Erziehungswissenschaften und anderer Disziplinen dar. Rhetorikure und die anderen praktischen Übungen für HörerInnen aller Fakultäten sind jedoch nicht geeignet, Nachwuchskräfte auszubilden, die sich um die nächsten Studierenden- generationen kümmern. Langfristig gesehen könnten auch Lücken im Lehrpersonal der PH entstehen, wo Sprecherziehung als Pflichtfach besteht. Die Bewußtmachung des Sprechvorgangs erlaubt zum Beispiel einer Lehrerin einen sensibleren Zugriff zu Sprech- und Sprachproblemen ihrer SchülerInnen und einen bewußten Umgang mit den Möglichkeiten ihres eigenen Sprechens. Letzteres betrifft insbesondere die Prophylaxe, d. h. den physiologisch korrekten Einsatz der Sprechstimme. Nachweisbar gibt es viele LehrerInnen und andere Berufsgruppen, die auf ihre Sprechstimme angewiesen sind. Pathologische Befunde im Kehlkopfbereich auf-

BAP

Veranstaltung und Konzert für die Gefangenen aus Euskadi

Am Mittwoch, den 18.11.92 wird die melodische Hardcore-Formation BAP aus dem von Spanien besetzten Baskenland (Euskadi) im Rahmen ihrer Europatournee im AZ Heidelberg auftreten und ihre neue Platte präsentieren.

Den sozialen Bewegungen in ihrem Land verbunden, hat BAP eine Reihe von Solidaritätskonzerten zur Unterstützung der Totalverweigerer- und HausbesetzerInnenbewegung gegeben, und sich immer für die Rechte der baskischen politischen Gefangenen und deren Freilassung eingesetzt.

Unterstützt werden die vier Basken von der Newcomerband "Kalte Zeiten" aus dem Raum Bergstraße/Heidelberg, die ihrerseits eine Mischung aus Deutschpunk und Hardcore zum Besten geben. Desweiteren wird im AZ der Film "...die selben Hunde, nur mit anderen Halsbändern" gezeigt, der Folteropfer und Angehörige der ca. 600 politischen Gefangenen zu Wort kommen läßt und die Repression gegen baskische Jugendliche durch das paramilitärische Todesschwadron GAL thematisiert. Zusätzlich gibt es noch das Video "NEGU GORRIAK in Herrera de la Mancha" (Konzert vor einem der größten Knäste Spaniens). Folgerichtig geht das Geld des Abends an die Angehörigengruppe der politischen Gefangenen aus Euskadi. Veranstaltet wird das Ganze vom Infoladen Moskito im AZ, Beginn ist 20 Uhr (pünktlich).

jung, schön, gesund ?
- kein Zutritt für Behinderte -

Die Türen zu der Heidelberger In-Kneipe Cave blieben am vergangenen Wochenende für einen zwanzigjährigen gehbehinderten Mann und zwei seiner Freunde geschlossen. Die drei wollten den Rollstuhl des Gehbehinderten im Eingangsbereich des Lokals abstellen, was der Türsteher jedoch verbot. Da könne ja jeder kommen, so seine Begründung. Also parkte man den Stuhl vor der Tür. Doch der Türsteher, der sich später als Geschäftsführer zu erkennen gab, verwehrte weiter den Einlaß. "Behinderte haben bei uns generell keinen Zutritt," meinte der Heidelberger Altstadtkneipier des Cave.
Rabo



unimut
ZEITUNG DER UNIMUT
HEIDELBERG

TERMIN VOR SCHLÄGE

- Mi, 11.11. 19.30, "Staatsziele und soziale Grundrechte: Arbeit, Wohnen, Umwelt, Tierschutz, Gleichberechtigung", Podiumsdiskussion, HS2 Heuscheuer, FI Jura
- Mi, 11.11. 20 Uhr "Demos in Mannheim und ihre Folgen", JUZ 04,8 Mannheim
- Do, 12.11. 16st "Lernen an der Universität", HS8 NU, FI Jura
- Do 12.11. 20 Uhr, "Das kalte Paradies" Film und Vortrag zum Thema Asyl, HS13 NU, FI Jura
- Do, 12.11. "Rassismus - Wie dagegen kämpfen?", Diskussionsveranstaltung im Bürgerhaus Neckarstadt Lutherstr. 17 Mannheim
- Do, 12.11. 20 Uhr Anglistik-Fete Triplex
- Do, 12.11. 20 Uhr "Halle/Saale - Perspektiven einer Stadt in den FNL", HS 5 Neue Uni, FS Kunstgeschichte
- Vortragsreihe "Frauen auf dem Weg in Wissenschaft und Politik":
- Do, 12.11. 14ct "Nagelproben: Zur Melancholie der Form in Chista Wolfs Prosatücken"
- Do, 12.11. 16ct "Metamorphosen des Weiblichen Cindy Shermans (Selbst-) Portraits und Lisa Althers "Kinflicks"
- Fr 13.11. 14ct "Im Übergang: Zur Prosa Else Lasker-Schülers"
- Fr 13.11. 16ct "Ein Garten für sich allein: Überlegungen um Geschlecht der Allegorien in der Literatur der Moderne"
- Fr 18ct "Erfahrungen mit dem Kanon der französischen Literatur", alle Veranstaltungen in der Aula der alten Uni
- Fr 13.11. 20 Uhr "Afrikanischer Kulturabend", Triplex
- Sa, 14.11. Bundesweite Demonstration gegen Rassismus und Abschaffung des Asylrechts in Bonn, Busfahrkarten z.B. im Kastr
- Sa, 14.11. 17 Uhr El-Salvador-Veranstaltung Marstallsaal (vgl.Artikel)
- Mo, 16.11. 14ct Vollversammlung Sprechwissenschaften, ZSL
- Di, 17.11. Asylarbeitskreis Heidelberg: Einweihung der neuen Räumen, Landfriedstraße 16, 18:30 Festakt Plöck 18, 20 Uhr mit Musik und zwei Referaten
- Di, 17.11. 17 Uhr, Fete für Frauen, Buchhandlung Himmelheber
- Di, 17.11. 20 Uhr, Informationsveranstaltung zur Situation der irischen Gefangenen, AZ vgl. Artikel
- Mi, 18.11. BAP: Melodische Hardcoreformation aus Euskadi, AZ vgl. Artikel.
- Mi, 18. bis So, 20.11. Blockseminar der FS Theologie
- Do, 19.11. 20 Uhr "Unser Programm heißt Deutschland" Film der FS Jura, HS 13 Neue Uni
- Fr, 20.11. 17ct Brigitte Unger-Soyka: "Aktive Politik für Frauen: nötiger denn je", Aula alte Uni
- Fr. 20.11. Theatre du pain, Triplex (vgl. Anzeige)
- Fr 20.11 20 Uhr Theo/a-Fete, Karlstraße 16
- Sa, 21.11. 11 Uhr Demonstration "Der Gewalt widerstehen - miteinander leben" vom BDKJ, Karlsruhe
- Sa, 21.11. ab 10 Uhr Tagesseminar "Islamischer Fundamentalismus", DAI, Sofienstraße 12
- Sa, 21.11. 20.30 Grach-Musikoff, Blues, Blos'n Fun aus Schwaben, Aula des Studentenwerks INF684, Eintritt 12/14 Mark; vor dem Konzert Bericht der Gruppen der Initiative Eine-Welt-Zentrum
- Di, 24.11. 19 Uhr Prof. Brumlik: "Schule und Nord-Süd-Konflikt - Erziehung zur Verantwortung, Aula der PH
- Di, 24.11. Offene Bühne, Studihaus
- 25.11.92 "175 Jahre Wartburgfest oder sind die Burschenschaften noch aktuell" Vortrag von Walter Vogel (Wissenschaftsladen Hannover, 20Uhr Hörsaal 8 Neue Uni
- Mi, 25.11. 19.30 "Länder und der Bund: Alle gegen einen?" HS 2 Heuscheuer, FI Jura
- Do, 26.11. 19.30 Bandfestival der FI Jura, Triplex
- Do, 26.11. 19 Uhr Prof. Lenhard: "Erwachsenen-Alphabetisierung im sozialen Kontext", Aula der PH
- Do, 26.11. Indie-Fete Triplexmensa, vgl. Anzeige
- Mi, 11.11. 18ct Vortrag "Das auserwählte Volk - Post Shoah Erwägungen" HS 4a Neue Uni



Freude, schöner Götterfunken, Tochter aus Elysium,
wir betraten freudentrunken, himmlische, Dein Heiligtum
Deine Zauber binden wieder, was Geschichte streng geteilt
Alle Deutschen wurden Brüder, wo Dein sanfter Flügel weilt

Jetzt sind wir nicht mehr betrunken, sehn nicht mehr die Vision,
und wir wenden schreckenunkend uns schnell ab von unserem Tun
Ach oh trennte man doch wieder, was ein wirrer Geist geent
diese Deutschen sind nicht Brüder, wie man in dem Rausch gemeint

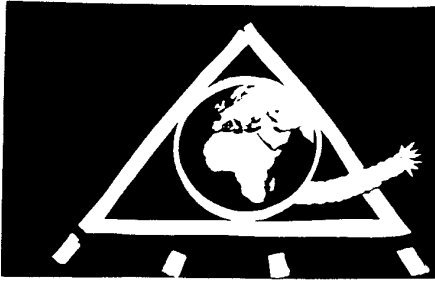


Gott und die Welt

Blockseminar der FS Theologie

Kultur an der Uni:

Initiative für ein Kulturcafé



Trotz diverser Schwierigkeiten startet auch dieses Jahr wieder das inzwischen schon zur Tradition gewordene Blockseminar der theologischen Fakultät. Das Blockseminar stellt den Versuch dar, selbstbestimmt und erfahrungsbezogen zu lernen, alternative Formen auszuprobieren und Themen zu behandeln, die im Unialltag nur allzu oft untergehen.

Dieses Jahr geht es um "Gott und die Welt", falls dies irgendjemandem nicht präzise genug sein sollte: um **Religiöse Gemeinschaften und politische Verantwortung**. Es stellt sich die Frage, inwiefern religiöse Gemeinschaften (nicht nur die christliche Religion) in politische Konflikte eingreifen dürfen, können, sollen, müssen. Abhängig vom Zeitpunkt unserer Betrachtung wird die Antwort verschieden ausfallen. Dahinter steht u.a. auch die Überlegung, ob im Zeitalter der Postmoderne eindeutige Antworten, "Wahrheit" überhaupt noch möglich sind. Aber ist nicht im Christentum ein Wahrheitsanspruch enthalten, haben wir nicht das Gefühl, in einigen Konflikten genau zu wissen, welches politische Handeln jetzt das einzig richtige ist? Dies ist das Kernproblem, mit dem sich die verschiedenen Arbeitsgruppen zweieinhalb Tage lang in unterschiedlichen Zusammenhängen auseinandersetzen werden.

Dementsprechend fällt auch die Gewichtung des diesjährigen Blockseminars aus:

Schwerpunkt sind bewußt die **mehrtägigen Workshops**, deren TeilnehmerInnen sich in der Auswertung am Samstag über ihre wahrscheinlich unterschiedlichen Ergebnisse austauschen werden und vielleicht etwas Licht in das oben genannte Dunkel bringen. Es werden Arbeitsgruppen angeboten zu den Themen: **Schwarz-Weiß** (die Frage nach dem "Anderen"); **Frauen und Kirche - zwei Welten treffen aufeinander?**; **Wer hat Angst vorm schwarzen Mann?**; **Geschlossene Gesellschaft** (Knast-AK); **Politische Predigt**; **Fundamentalismus**; **Islam**; **Demokratisierung in Rußland und die neue Religiosität**.

Natürlich gibt es auch Rahmenveranstaltungen:

Das Blockseminar beginnt am Mittwoch, den 18.11. um 10 Uhr in der Neuen Aula mit einem Vortrag von

DOROTHEE SÖLLE

zu dem Thema "Religiöse Gemeinschaften und Politische Verantwortung". Sie wird hier ihr Konzept von Befreiungstheologie und deren Begründung vorstellen, der als **Anstoß** für die weitere Arbeit ge-

DAS BLOCKSEMINARPROGRAMM IM ÜBERBLICK

MITTWOCH, den 18.11.1992

10.15 Uhr Vortrag: "Religiöse Gemeinschaften und politische Verantwortung" von Prof. Dorothee Sölle
ORT: Neue Uni, Aula

anschließend: Diskussion

12.00 Uhr Vorstellung der Gruppen

13.00 Uhr Eintopfen in der

Karlstr. 16, Ü3

von der Fachschaft

sinitiative Lateinamerika

15.00-18.00 Uhr Arbeitsgruppen an den jeweiligen Orten

20.00 Uhr Politisches Nachtgebet: "Ich war fremd, und ihr habt mich nicht aufgenommen"

ORT: Providenzkirche

DONNERSTAG, den 19.11.92

9.30-12.00 Uhr Arbeitsgruppen

15.00-18.00 Uhr Arbeitsgruppen

20.00 Uhr Film (Titel und Ort

siehe Aushang)

FREITAG, den 20.11.92

9.30-12.00 Uhr Arbeitsgruppen

15.00-18.00 Uhr Arbeitsgruppen

19.30 Uhr Kabarett: "Tadel ver-

pflichtet", von und mit

Lutz von Rosenberg

Lipinsky (Hamburg)

ORT: Deutsch-Ameri-

kanisches Institut (DAI),

Sofienstr. 12

Abendkasse ab 18.45 Uhr,

Eintritt 18.- (10.-).

21.00-02.00 Uhr Fete in der Karlstr.

16

SAMSTAG, den 21.11.92

11.00-17.00 Uhr Schlußrunde: Beginn

mit gemeinsamem

Frühstück, Vorstellung

der Ergebnisse und der

Arbeit der Arbeitsgruppen,

Diskussion

ORT: Siehe Aushang

dacht ist.

Am Abend des Buß- und Bettages findet dann um 20 Uhr ein **Politisches Nachtgebet** zum Thema "Rassismus" in der Providenzkirche statt. Donnerstag abend um 20 Uhr ist ein **Film** zum Thema geplant, Freitag steigt nach dem Kabarett "**Tadel verpflichtet**" (19.30 Uhr, DAI) in der Karlstraße 16 die legendäre **Blockseminarfete**. Die Auswertung "**Und nun**" wird den Samstag in Anspruch nehmen.

Ihr seht, die Tage sind von Mittwoch bis Samstag ausgefüllt. Da sind wir jedoch schon bei dem Problem angelangt: in den letzten Wochen wurden wir von vielen gefragt, warum wir für das Blockseminar einen so ungünstigen Termin gewählt haben, wäre dies doch für manche eine der wenigen Gelegenheiten, nach Hause zu fahren etc., aber der Termin über Buß- und Betttag war die einzige Möglichkeit, das Blockseminar überhaupt stattfinden zu lassen. Der Fakultätsrat hätte ansonsten der Alternative eines von ProfessorInnen organisiert, eintägigen "dies academicus" oder evtl. einer "reading week" den Vorzug gegeben. Der tatsächliche Termin stellt also einen Kompromiß dar, um das

Wir haben es geschafft! Das Kulturreferat der FSK hat einen Tagestip im Meier ergattert. Oh Weltwunder... Na ja eigentlich so verwunderlich war das gar nicht, denn das von uns organisierte Stück ist ohne wenn und aber Spitze! Am 20. November kommt zum dritten Mal das theatre du pain nach Heidelberg.

Für alle die diese Theaterkompanie noch nicht gesehen haben, es handelt sich hier um eines der unkonventionellsten Musiktheater in Deutschland (wenn nicht in der ganzen Welt; d. übermütige R.). Sie führen diesmal ihr neues Stück "beat aleman" auf. Um bei der Rhein-Neckar Kulturbibel zu bleiben, der Meier faßte ihre Produktion folgender Maßen zusammen (und weil ich das nicht besser kann übernehme ich es einfach): Das 'theatre du pain' bewegt sich "weiter auf dem scharfkantigen Grate zwischen Sinnhaftem- und Sinnlosem, Surrealem und Rationalem, zwischen Chaos und Ordnung". Einfach "Eleganter Schwachsinn!" Also wenn das nicht überzeugt dann bin ich sprachlos.

Das theatre du pain gibt's zu sehen,

am: 20 November

um: 20 Uhr

in der: Triplex-Mensa am Uni Platz

für: 10 DM Ukb.

und das Ganze wird organisiert von der: Fachschaftskonferenz und der Initiative für ein Kulturcafé.

Bis dann!

theatre du pain

beat aleman



Musiktheater

Wann: Freitag 20.11. um 20:00

Wo: Triplex-Mensa

Wie: 10 DM Eintritt

Wer: Initiative für ein Kulturcafé
Fachschaftskonferenz

beatless - Schrägspur - Romanischer
FSK Schülercafé Literaturoffensive
Keller

Seite 9

Blockseminar nicht "sterben" zu lassen. Wir hoffen daher, daß viele sich von dem Termin nicht abschrecken lassen und die Chance wahrnehmen, Uni auch mal anders zu erleben. Bei der Fachschaft Theologie ist übrigens ein Reader zum Blockseminar mit einer ausführlichen Beschreibung aller Veranstaltungen für 2 Märker erhältlich.

th!nk

Neonazis in Heidelberg

In den letzten Wochen sind in Heidelberg und Schriesheim verstärkt Flugblätter der ANK (Aktionsfront nationaler Kameraden) verteilt worden.

Diese gingen auf die faschistischen Übergriffe in Rostock und auf die angeblichen Messerstechereien in Schriesheim ein. In dem Polizeibericht wird inzwischen von einer Verletzung durch Glasscherben geredet.

Die ANK ist eine relativ neue, neofaschistische Vereinigung, die im Rhein-Neckar-Raum agiert. Ihr Hauptdratzierher ist Manfred Huck. Vor der Gründung der ANK war er jahrelang für militante faschistische Bewegungen wie die FAP und die Wiking-Jugend aktiv. Außerdem war er NPD-Kandidat in Baden und unterhielt Briefwechsel mit Michael Kühnen. Ein halbes Jahr lang wurde er nach Südamerika geschickt, wo er an



paramilitärischen Übungen teilnahm und Kontakte zu Altnaziverbrechern herstellte. Er war vor kurzem bei einem Angriff auf eine türkische Kneipe in Eppelheim beteiligt.

Durch die Schaffung der ANK versucht Huck, faschistische Inhalte gesellschaftsfähig zu machen. Wie aus dem jüngsten Flugblatt hervorging, versucht die ANK geplante Gewalttaten gegen AusländerInnen und Linke zu legitimieren.

Dies ist bei dem von vorneherein militanten Hintergrund der ANK absurd, da Gewalt für sie keine Reaktion, sondern politisches Mittel ist.

Die ANK stellt bundesweit nur einen Mosaikstein in der neofaschistischen Bewegung dar.

Anschläge auf AsylbewerberInnenheime, Überfälle auf Behinderte, Homos, AusländerInnen, Linke Frauen; unmenschliche Asylpolitik: Dies alles sind Ausdrucksformen einer immer stärker werdenden rassistischen Tendenz in Deutschland.

**Schaut nicht weg, wehrt Euch!
Gegen faschistische Übergriffe!**

Es wundert mich immer wieder, zu hören, daß Menschen in unserem Land über den neuen "Rechtsdruck" überrascht sind. Dabei sagt doch schon einer der Schlüsselbegriffe unserer Staatsform alles Wesentliche: Wir leben schließlich in einem Rechtsstaat. Selbst die meisten Politiker der ehemaligen DDR haben das schnell begriffen und sich rechtsdrehend auf den rechten Weg begeben.

Auch im täglichen Leben begegnet es uns seit langem - die meisten von uns wollen doch etwas *Rechtes* werden oder etwas *Rechtes* erreichen. Es gehört zu unseren alltäglichen Normen, *rechts* zu fahren und keinem *rechten* Bürger ein *Unrecht* zuzufügen.

Sogar garantiert ist er uns, der *Rechtsweg*. Allerdings gibt es immer noch einige, die das nicht kapiert haben, und versuchen, gegen den angeblichen *Rechtsdruck* vorzugehen. Auch gibt es Kreise, die den *linkischen* Versuch unternehmen, *Rechtsschutz* als Schutz vor *Rechten* auszulegen - und sich so das *Vorrecht* diese Schutzes nehmen - der natürlich nur für *Rechte* ist.

Die Hoffnung ist jedoch berechtigt, daß sich in naher Zukunft die meisten in unserem *Rechtsgewinde* zurechtgefunden haben. Den anderen wird ein *Rechts*spruch den *rechten* Weg weisen müssen, damit weiterhin in unserem Land Ge-



rechtigkeit herrscht und keinem, der sich auf dem *rechten* Weg befindet, ein *Unrecht* geschieht. Wer die *Rechtskurve* nicht rechtzeitig von selber kriegt, wird zurechtgerückt werden müssen.

Christiane

Streibl sei Dank

Am Sonntag, den 8. November fand, wie bereits seit Wochen in der Tagesschau und sonstwo bekanntgegeben, in Berlin eine Demonstration unter dem Motto "Die Würde des Menschen ist unantastbar" statt.

Obwohl die höchsten RepräsentantInnen dieses unseres Staates ihren Arsch auf die Straße bewegten und die verschiedensten SPD und CDU Kreisverbände ihre Mitglieder mit Bussen nach Berlin karrten, nahmen nur etwas mehr als 300000 Menschen an dieser Demonstration teil. Allein in Berlin wohnen doch schon mehrere Millionen Menschen. Wer hat allerdings schon Lust, in einer Demo mitzumarschieren, die gerade von denen angeführt wird, die sonst durch ihr Gelaber den rechtsextremen Schlägerbanden den Weg ebnen. Der im Vorfeld und auf der Demo laut gewordene Vorwurf "Heuchler" ist durchaus gerechtfertigt. Rostock liegt immerhin schon 2 Monate zurück. Eine sofort nach den Pogromen von Rostock angesetzte Demo hätte noch eine gewisse Glaubwürdigkeit besessen. Man denke an die Großdemonstration in Paris nach der Friedhofschändung in Carpentras. Auch wenn es einem beinahe den Magen

umdreht, muß man dem bayerischen Ministerpräsidenten Streibl einmal ein Lob aussprechen. Er war immerhin der einzige, der genug Rückgrat besaß und zu seiner ausländerInnenfeindlichen Haltung stand. Immerhin hat er dazu auch von der richtigen Seite Beifall erhalten. Schönen Dank, Herr Schönhuber.

Jetzt gab es doch tatsächlich bei der "staatlich verordneten" Demo in Berlin Menschen, die ihrem Unmut gegen die Schreibtischtäter aus Bonn mit Pfiffen und Würfen von Eiern und auch Steinen Luft machten. Es liegt mir fern, irgendwelche Steinwürfe, auf wen auch immer, rechtfertigen zu wollen. Steine sind keine Argumente, es war jedoch symptomatisch, wie die etablierten Parteien darauf reagierten. Da war die Rede von "Terror der Straße" (Kohl). Hätte er dieses Wort doch einmal im Zusammenhang mit den Pogromen in Rostock in den Mund genommen. Der Bürgermeister von Berlin, Diepgen, in dessen Stadt in diesem Jahr schon 2 Ausländer ermordet und unzählige Übergriffe verübt wurden, forderte die SteinwerferInnen auf: "Schämt Euch". Als diese Aufforderung von der bundesweiten Antifa-Demo in Rostock-Lichtenhagen an die dortige Bevölkerung gerichtet wurde, ging ein Aufschrei des Entsetzens durch die Bonner Politelite.

Die Antwort der PolitikerInnen auf die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge war der Ruf nach einer Verschärfung des Asylrechts, oder kurz gesagt: "Ausländer raus". Konsequenterweise müßte nach den Steinwürfen von Berlin jetzt die Aufforderung nach einer drastischen Reduzierung der Anzahl der PolitikerInnen laut werden, oder kurz gesagt: "Politiker raus".

André G.



Unimut

Nr. 61

11.11.1992

ZEITUNG AN DER UNI HEIDELBERG

ES WIRD ZEIT

Brief zur Beförderung der Humanität

Links ist wieder reichlich Platz, auf den man schreiben kann. Diejenigen, die einmal dort zu stehen vorgaben, sind gewichen: Mit Realitäten müsse man sich abfinden, haben sie gesagt. Die großen Parteien buhlen um die Gunst einer anscheinend nach rechts driftenden Bevölkerung. Ich hörte manches Mal das Ideal des verantwortlichen handelnden Politikers vertreten, der auch einmal unpopuläre Entscheidungen fällen könne. Denn was populär sei, werde nur in Umfragen ermittelt, in denen der Bürger, von Verantwortung befreit, Kleinlichkeit und Selbstsucht nachgeben könne. Wohlan, in die Öffentlichkeit drängen zur Zeit Propheten völkischer Identität und falsche Experten, die die Versorgung der Asylbewerber zu Quell und Ursach unserer wirtschaftlichen Probleme hochspielen, gleichzeitig randalieren geschorene Rohlinge vor den Heimen der Elenden, freundlich beobachtet durch die braven Bürger, die auch keine Neger in deutschen Städten dulden mögen. Wo ist nun der verantwortliche Politiker, der solchen Rufen nicht nachgibt, der in Worten widerspricht und in Handlungen keinen Deut nachgibt? Solches müßte er wohl tun, wollte er sich vor seinem Gewissen und vor dem Menschengeschlecht verantworten: Jedes Entgegenkommen gibt den falschen Argumenten recht und trägt zur Demontage der Prinzipien bei, mit denen die Bundesrepublik einst angetreten. Es waren dies nämlich Prinzipien der *Humanität* und nicht der Nationalität, und das heißt eben: sich vor der Menschheit statt vor den Stammesgenossen zu verantworten. Ich weiß, ich weiß, das ist das sachferne Gerede der gefährlichen Idealisten, die die Welt sehen, wie sie sein soll, und nicht, wie sie ist. Nur in den Nachwehen großer, vernichtender Kriege pflegen die Menschen sich für kurze Zeit zu überlegen, wie die Welt sein solle, denn sie stehen bis zu den Knöcheln in Blut,



**Grundrechte verteidigen
Flüchtlinge schützen
Rassismus bekämpfen**
**Verteidigt Artikel 16
des Grundgesetzes**
**Für eine humane,
demokratische
Gesellschaft**

Staub und den Trümmern der Realpolitik. Man lese sich die ersten Parteiprogramme der jungen Bundesrepublik durch und höre sich dann zum Kontrast zeitgenössische süddeutsche Politiker an, die ein Argument daraus machen, "daß die nächste Wahl nur rechts von der Mitte gewonnen werden könne". Regierungsmacht als Selbstzweck: Wir wollen nicht an die Macht, um ein Programm durchzusetzen, sondern wir formulieren ein Programm, um an die Macht zu kommen. Wenn es auch wenig Hoffnung dabei gibt, gegen falsche Argumente zu kämpfen, dennoch ein weiteres: Daß die Asylbewerber lange Wartezeiten ohne Arbeit in beengten Heimen zubringen und dann überwiegend abgewiesen werden, sei *inhuman*. Human sei es, die Leute gleich hinauszurufen. Ob dazu nun eine Änderung des Grundgesetzes herhält oder weitgehende Einschränkung der Verfahrensgesetze, ist erst einmal gleich. Den kalten Sachwaltern der Humanität, die den Buchstaben der Gesetze gefolgt sind und das Wort vom "Asylbetrug" kreiern haben, sei gesagt: Diese Menschen sind, sofern sie nicht politisch verfolgt waren, vor Elend geflohen und bestimmt nicht zum Spaß gekommen. Diese Aussage ist banal, scheint aber bislang in die Köpfe und die hypothetischen Herzen keinen Eingang

gefunden zu haben. Wenn sich Deutschland nicht darauf versteifte, kein Einwanderungsland zu sein, wäre ein Gutteil dieser juristischen Bredouille vermeidbar. Warum soll ein so wohlhabender Staat, der seinen Wohlstand einer für den Handel offenen Welt dankt, kein Einwanderungsland sein? Die Argumente dagegen sind zumeist völkischer Natur. Was nun die Unzumutbarkeit langen beschäftigungslosen Wartens in Notunterkünften betrifft: Die Effizienz der Asylbehörden muß nicht durch Kastration der Gesetze gesteigert werden, vielmehr diene eine Vermehrung der Gelder und Stellen diesem Ziele. Woher wir das Geld nehmen sollen? Das mag gegenwärtig nicht so einfach sein, aber angesichts der Milliarden, die wir allein für Straßenbau ausgeben, sollte es nicht unmöglich sein, noch etwas mehr für die Solidarität mit den Elenden zu erübrigen. Niemand muß sich schämen, weil es ihm gut geht, während es anderen schlecht geht, es sei denn, er verhielte sich so ...

Stefan

Die Redaktion ist sich sicher, daß Stefan trotz der männlichen Form auch die Frauen mitmeint.

INHALT

- Seite 2: Sturm auf die Uni**
Auseinandersetzung mit dem Spiegel-Titel
- Seite 3: Neonazis in Heidelberg**
- Seite 4: Srechwissenschaft**
- Seite 5: Eine Welt**
- Seiten 6,7,8 :**
Jugoslaviens Special
- Seite 9: Gott und die Welt,**
Blockseminar der FS
Theologie
Die Kulturinitiative
- Seite 10: Termine**

Jugoslavien -

Am 29.10. fand im Marstall eine wohl sehr kontroverse Podiumsdiskussion zum Krieg in den Trümmern von Jugoslavien statt. In der Folge haben wir einige Artikel zum Thema bekommen, die die Problematik von verschiedenen Seiten und wohl nicht immer ganz neutral beleuchten. Da wir bezweifeln, daß eine neutrale Sichtweise in dem vielschichtigen Konflikt überhaupt möglich ist, haben wir uns entschlossen, die Standpunkte hier so, wie sie bei uns ankamen, gegenüberzustellen. Zunächst aber ein redaktioneller Bericht:

Organisiert vom AK Mir (=Frieden) und der FSK sollte sie helfen, die von vielen empfundene Hilflosigkeit im Umgang mit diesem Thema zu vermindern. Trotz der schlechten Werbung, war die Veranstaltung gut besucht, wenn auch nur von wenigen StudentInnen.

Nach einem historischen Abriß, erzählten die beiden Gäste, zwei Menschen aus Sarajewo, ein Serbe aus Wojwodina, der seit 15 Jahren in Sarajewo lebt und ein Bosnier, ehemaliger Polizist in Bosnien-Herzegowina, von Sarajewo und von ihrer Flucht. Sie redeten von den Nächten im Luftschutzkeller, von Gewalt und vom Sterben der Zivilbevölkerung, aber auch von der Solidarität aller BürgerInnen in Sarajewo, darunter vielen Serben. Und auch in der Bosnischen Bürgerwehr kämpfen 30% Serben. Der Krieg sei in erster Linie ein Machtkrieg und nur sekundär zum Genozid geworden. Schuld seien Machteliten, die mit den Menschen machen was sie wollen.

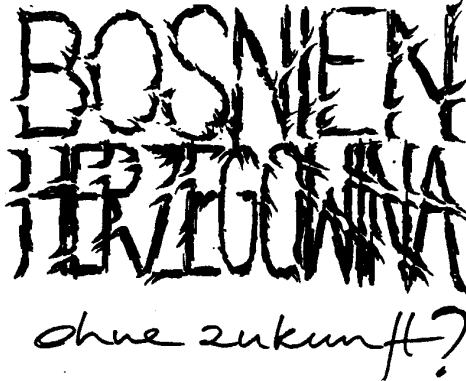
Dann werden die Serben pauschal als "animals" bezeichnet, für einige Momente flammt der Balkankrieg im Saal auf, als Serben aus dem Publikum das Wort ergreifen und zur Differenzierung mahnen. Der aufgestaute Haß wird sichtbar, das

Leid des Krieges hat auch die Seelen verwundet.

Ein Gespräch fand vorerst nicht statt: Verschiedene Gruppen aus dem Publikum hielten es für wichtiger, ihre Wahrheit zu verkünden. Dem Westen wurde vorgeworfen, er greife nicht ein, um den Serben die Vernichtung der Bosnischen Moslems zu ermöglichen. Nach dem Ende des Kommunismus habe sich der Westen die Vernichtung des Islam zum Ziel gemacht, aber der Einwand: auch in Kroatien hat der Westen nicht eingegriffen. Allerdings muß eine Frage schon erlaubt sein: Warum wird so oft von Moslems geschrieben anstatt von BosnierInnen?

VertreterInnen des obskuren "Schiller-Instituts" behaupteten gar mit aggressiv-agitatorischer Retorik (wie ich sie noch nie live erlebt hatte) eine Verschwörung von "Vertretern der untergegangenen Jalta-Ordnung". Briten und Franzosen wollten Europa schwächen um eine führende Rolle des vereinigten Deutschlands im Herzen Europas zu verhindern: Das Feindbild des 2. Weltkrieges, Jalta gegen die Achsenmächte, wird ausgegraben, da sind Rechtsradikale auf Trittbrettfahrt.

Die Diskussion macht deutlich: einfache Kategorien taugen nicht zur Erklärung. Aber wie könnten Lösungen aussehen? Das wichtigste ist, daß das Sterben aufhört. Für viele, vor allem für Betroffene, ist es egal wie. Inzwischen scheinen vielen nur noch zwei Lösungen denkbar: Waffenlieferungen nach Bosnien oder Eingreifen von UN-Truppen. Das Recht auf Selbstverteidigung für Bosnien wird geltend gemacht, aber Waffenlieferung in einen Krieg, besonders in einen mit so vielen zersplitterten Gruppen, kann nur zum Anheizen desselben



führen. Es ist unschwer zu erfüllen, wie erstarkte Bosnier ihren Haß befriedigen würden.

Ist Frieden schaffen mit Waffen wirklich die Ultima ratio?

Das Embargo hat riesige Löcher, über Griechenland und Mazedonien fließt das Öl, warum wird das Embargo nicht durchgesetzt? Es heißt, die serbische Opposition werde kaum unterstützt. Die Menschen müßten auf den Populismus der Politiker aufmerksam gemacht werden, und alle müßten miteinander reden. Eine große (Medien-)Präsenz der Öffentlichkeit in Jugoslavien, besonders in den noch nicht vom Krieg betroffenen Gebieten würde helfen. Vor allem müsse der erwartete Einmarsch von Serben in Mazedonien verhindert werden. In der jugoslawischen Armee in Bosnien würden Mazedonier und Albaner aus dem Kosovo vor allem in der ersten Reihe eingesetzt, um diese Völker zu schwächen.

Und die Friedensbewegung? Sie habe versagt heißt es, verschlafen, und jetzt sei es zu spät. Aber soll die Friedensbewegung für Waffen auf die Straße gehen? Die Hilflosigkeit wird deutlich, alte Maßstäbe taugen nicht in diesem Krieg. Und auch die nicht weniger hilflose Regierungspolitik ist kein Protestziel.

Zum Schluß wird dann trotz alledem klar, wie Hilfe für die Kriegsoffer aussehen kann: Den zu uns geflohenen Menschen aus Ex-Jugoslavien zu helfen ist allemal besser als warten. Viele brauchen eine Unterkunft oder andere Unterstützung. Auch das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit bei uns kommt ihnen zu Gute.

Der AK Mir plant im übrigen ein Benefiz-Konzert zugunsten eines Kinderkrankenhauses in Sarajewo.

Was bleibt? Die Hilflosigkeit ist nur wenig gewichen, die Verbitterung, die Verzweiflung und der Haß der Betroffenen ist deutlich geworden. Und ein Satz steht im Raum: "Die Ignoranz der Deutschen, man gewöhnt sich daran".

Michael

Kommentar

Bosnien Herzogowina:

Die Veranstaltung hat gezeigt, daß die Situation im ehemaligen Jugoslavien sehr verworren ist und sich dies vor allem auch auf die Situation der Hilfswilligen hier in der BRD überträgt. Die Stimmung war geprägt von (Vor?)urteilen, nicht nur zwischen den anwesenden Menschen aus Bosnien, Kroatien, Serbien, ob Moslems oder Christen, und auch der Anwesenden, die sich in der Friedensbewegung engagieren.

Die Diskussion ging deshalb zeitweise hoch her und ein "Königsweg" wurde - wer hätte es gedacht - nicht gefunden. So wurde auch die Frage des Waffengebrauchs kontrovers diskutiert - klar ist, daß Waffengewalt keine Möglichkeit ist, einen Konflikt beizulegen (das ist auch meine Meinung). Aber wer möchte mit den Menschen tauschen, die im belagerten Sarajewo sitzen und denen die Granaten auf den Kopf fallen?

Zum Schluß jedoch, als die Diskussion (in allgemeinem Chaos) dem Ende zuging, konnten aber doch noch Initiativen vorgestellt werden, die hier in Heidelberg versuchen, den Krieg in Bosnien-Herzegowina zu beenden - bzw. den sich mit

kräftigem Wetterleuchten am Horizont abzeichnenden Konflikt in den anderen Ländern des ehemaligen Jugoslavien zu verhindern. Dies im besonderen, da die "Friedensbewegung" (Friedensbewegung ist der/die, die mitmacht!) den Aufzug des Krieges in Bosnien verpennt hat. In Heidelberg können wir aber auch ganz konkret Menschen aus Bosnien-Herzegowina, die sich hier in Heidelberg befinden und Probleme haben, unterstützen - ebenso Flüchtlingslager in Ex-Jugoslavien selbst.

Das Wichtigste ist, die Verständigungsbarrieren abzubauen, für Kontaktmöglichkeiten zu sorgen und humanitäre Hilfe zu leisten:

André

Betreuung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslavien: Organ. Elgin von Holtey Lauerstr. 3a, 69 HD Tel 10203

Unterstützung von kroatischer und serbischer Friedensbewegung: NaturwissenschaftlerInnen-initiative Verantwortung für den Frieden/c/o Franz-Viktor Kuhlmann Schröderstr. 36, 69 HD

Organisation von humanitärer Hilfe (keine Waffen):

AK Mir c/o FSK Uni Heidelberg Lauerstr. 1, 69 HD Tel.: 54-2456

Netzwerk Friedenskooperative Römerstr. 88, 53 Bonn 1 Tel.: 0228-692904/5

Friedensladen, Schillerstr. 28, 69 HD

Sturm auf die Uni

Der Spiegel-Titel im Heft Nr. 45 gibt einen guten Überblick über die Misere der deutschen Hochschullandschaft. Leider bleiben die angesprochenen Lösungen auch nur bei formalen Kriterien stehen. Diese können und werden unterlaufen werden, solange die Betroffenen nicht hinter dem stehen, was ursprünglich gewollt war.

In den in Heidelberg seit einem Semester bestehende Senatsausschuß zur Stärkung der Lehre wird z.B. von ProfessorInnen der Ansatz eingebracht, den Hochschulzugang zu beschränken - da die Studierenden nicht studierfähig seien. Aber erst nach 8 Monaten konnte der Ausschuß die seit Jahren in drei Fachbereichen (Mathematik, Physik und Klinische Medizin Mannheim) bewährten Semestergespräche, bei denen ein Gespräch zwischen Lehrenden und Lernenden nicht über den Stoff, sondern über die Vorlesung und den/ die DozentIn stattfindet, allen Fachbereichen vorschlagen. Über ihre eigene Lehrbefähigung wollen sie nicht reden...

Doch die DozentInnen versuchen weiterhin, ihre Pfründe zu sichern oder, besser noch, sich als HüterInnen der Wissenschaft aufzuspielen. So wird in einigen Studiengängen traditionellerweise das Latein gefordert, obwohl moderne Fremdsprachen weitaus sinnvoller wären. Auf sinnvolle Ersatzmöglichkeiten, wie z.B. Koreanisch statt Latein für das Fach Sinologie wird kaum hingewiesen.

Auch die hochgelobten Vorlesungsumfragen - neudeutsch Evaluationen - haben begrenzte Wirkung. In den seit Jahren an den Fachbereichen Mathematik und Physik durchgeführten Vorlesungsumfragen - durchaus nicht zur Wahl des 'Lehrer Lämpel' konzipiert, sondern auch durch Kommentare zur Verbesserung anregen sollend - pendeln die Noten der Professoren (in Physik gibt's nicht so viele Frauen) eigentlich nur in

der Fehlerbandbreite. Darauf angesprochen, wurde den studentischen VertreterInnen die Anregung auf den Weg gegeben, die Ergebnisse den Profs doch nach Hause zu schicken...

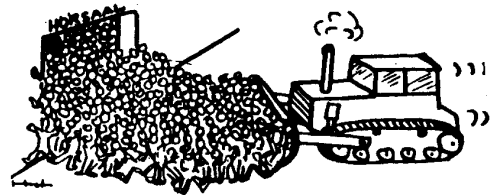
Ohne den ProfessorInnen an die Rechte und Privilegien zu gehen, ist jede Hochschulreform zum Scheitern verurteilt. Nicht daß der Staat mehr in die Hochschulen eingreifen sollte. Vielmehr sollte die Autonomie der Hochschulen als Ganzes - mit den Studierenden und den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen - gestärkt und stattdessen die Autonomie der HochschullehrerInnen als Personen geschwächt werden. Dazu gehört auch eine Studierendenvertretung mit den entsprechenden Rechten - in Baden-Württemberg seit 1978 abgeschafft; die Studierenden organisieren sich unabhängig von offiziellen Strukturen, in Heidelberg z.B. in der Fachschaftskonferenz. So könnten bei stärkerem Gewicht Studierende über Forschungsthemen mitbestimmen und auch mal schlechte ProfessorInnen chassen. Studiengänge könnten gegen die ProfessorInnen auch mal sinnvoll entrümpelt und flexibilisiert werden - die Studierenden, die sich am 'Markt' orientieren, finden ihre Mischung von Veranstaltungen selten im Gewirr der bisherigen Prüfungsordnungen. Doch nach einer Bundesverfassungsgerichtsentscheidung von 1977 haben die ProfessorInnen in allen Unigremien die absolute Mehrheit - sie haben es sich dann auch urgemütlich gemacht...

Allerdings erfordert dies auch viel von den Studierenden. Von den ProfessorInnen bisher alleine gelassen, von der Verwaltung durch einen Massenbetrieb geschleust ist klar, daß sie sich die Uni als Fortsetzung der Schule vorstellen - Hauptsache schnell durch, egal wie, Hauptsache gut und dann Kohle machen. Aber auch die Möglichkeiten, aus dem Uni-Alltag auszubrechen - vor allem aus dem (in vielen naturwissenschaftlichen Fächern) vorgegebenen Studienplan - sind gering. Andererseits werden die Studierenden in den Geisteswissenschaften oft ohne Plan ins Rennen geschickt, aus dem ersichtlich wäre, welche Veranstaltung welchen Stoff zur Grundlage hat, wann welche Vorlesung gehört werden sollte. Die Möglichkeiten, nicht nur stromlinienförmig nach Standardvorlesungsprüfungsprotokollen zu suchen, sondern die Chancen, die das Studium bietet, auch zu nutzen sind

zwar da - aber sie werden mit eklatanten Nachteilen erkauft: von der BAföG-Kürzung bei Zeitüberschreitung bis zu Nervenzusammenbrüchen und schlimmeren, weil die von der Prüfungsordnung vorgeschriebenen Kurse und die zusätzlichen Interessen einfach zuviel sind. Kein Wunder, daß kaum jemand protestiert - wer kann schon lange gegen diesen Wust ankämpfen...?

In die Hochschulen hat die Bürokratie Einzug gehalten: die Hochschulen werden von den Kultusministern, dem Wissenschaftsrat, dem Bundesbildungsminister, und nicht zuletzt von ProfessorInnen anderer Hochschulen als GutachterInnen verwaltet. Die Profs verwalten ihre Privilegien und Interessen mit ihrer 2/3-Mehrheit in den Hochschulgremien. Studierende sind lästig und werden, von den Profs allein gelassen, von der Verwaltung verwaltet. Und überall steht der eigene Vorteil - oder der der eigenen Partei - vor dem des Ganzen. Solange sich das nicht ändert, wird die Misere nur noch schlimmer!

André F.



IMPRESSUM

UNIMUT - Zeitung an der Uni Heidelberg

Nr. 61 11. November '92

UNIMUT erscheint: alle 2 Wochen(!)

Redaktionschluß: Montags, 14⁰⁰ Uhr

Mitarbeit diesmal: Christiane Andrea
Demi Michael Kirsten Stefan Birgitt Bert
AndréF Martin AndréG Fari

Druck: Druckwalze GdbR

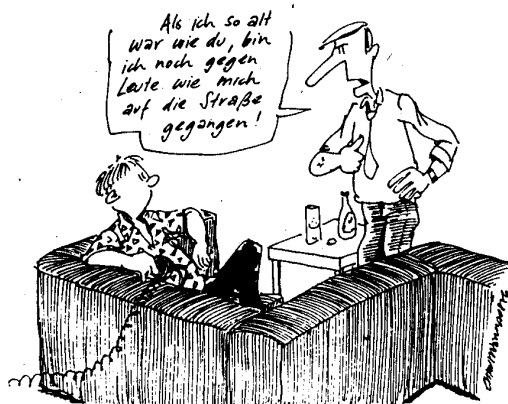
Auflage: 2500

LeserInnen-Beiträge: sind jederzeit erwünscht & sollten nur in Ausnahmefällen 2 DIN-A-4-Seiten überschreiten.

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Autor(in) verantwortlich! Die Redaktion behält sich sinnvermehrnde Kürzungen und kostenlose, orthographische Dienstleistungen vor!

v.l.s.d.p: F(ach)S(chäfts)K(onferenz)
Zentrales Fachschaftenbüro (ZFB)
Lauerstraße 1
6900 Heidelberg
Tel.: 06221/542456/7

Als ich so alt war wie du, bin ich noch gegen Leute wie mich auf die Straße gegangen!



unimut

Jugoslavien Special

Warnung:
Schiller-
Institut

Die serbische Friedensbewegung braucht Unterstützung

Vor wenigen Tagen nahm ich als Zuhörerin an einer Podiumsdiskussion des sogenannten AK "MIR" (zu deutsch Frieden) teil. Obschon dieser Arbeitskreis einen anspruchsvollen Namen trägt, hat er es sich zur Aufgabe gemacht, vorrangig die kroatische und moslemisch-bosnische Sichtweise des Konflikts im ehemaligen Jugoslavien - unter dem Mantel einer Pseudo - Unabhängigkeit - zu verkaufen.

Mitglied im Podium war ein Moslembosnier, nach eigenen Angaben Offizier der dortigen Geheimpolizei und somit m. E. wohl kaum ein geeigneter Vertreter für eine Friedensinitiative. Er bezeichnete vom Podium herunter alle Serben schlichtweg als "Tiere" und nahm später mir gegenüber eine recht bedrohliche Haltung ein, die er auch noch mit der Aussage: "So muß man Killer begrüßen!" krönte.

Dies nehme ich zum Anlaß, auch einmal auf die vielfältigen Friedensinitiativen von uns in Deutschland lebenden Serben und vor allem in der Heimat hinzuweisen, die hier nahezu totgeschwiegen werden. Diese Friedensbewegungen und ihre Aktionen und Aussagen sind darauf ausgerichtet, den Krieg im Lande zu beenden! Indem sie sich gegen die Politik der Verantwortlichen in Serbien, Bosnien und auch Kroatien wenden, die den Nationalismus der Bevölkerung aufpeitschen, um ihre eigenen Machtpositionen zu stärken oder zu halten, suchen die Friedensbewegungen das gegenseitige Morden endlich zu beenden und verlangen den Frieden.

Ulrich Gottstein (IPPNW) beklagt in der Frankfurter Rundschau, daß diese Friedensbewegung in Serbien im Westen überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wird, obschon sie aus circa 10 verschiedenen miteinander arbeitenden Gruppen besteht, die Druck auf die kämpfenden bosnischen Serben und die serbische Regierung ausüben. Vielfach scheitern zwar Maßnahmen und Vorhaben an so banalen Dingen wie Papiermangel, der durch das Embargo gegen das serbische Volk sowie die mangelnde Unterstützung aus dem Westen hervorgerufen wird. Das wiederum, verbunden mit der einseitigen Berichterstattung der deutschen Presse, treibt einem demagogischen Populisten wie Milosevic immer noch Anhänger zu. Die Polarisierung durch die Medien - hier die bösen serbischen Aggressoren, da die guten Moslems und Kroaten - führt

zu Einstellungen, die Endsiegstimmungen erzeugen und bestärken.

Eine Bevölkerung, die von außen so massiv unter Druck gesetzt und "von allen verlassen" wird, rückt enger zusammen, weil nämlich sie der unter dem Embargo massiv leidende Teil ist und daher auch anfällig für die Parolen ihrer sonst abgelehnten Führung. So erging es auch den Deutschen im zweiten Weltkrieg, die sich durch den Bombenkrieg nicht zu einer Haltung gegen das damalige Geschehen beeinflussen ließen. Die serbische Friedensbewegung wendet sich offen und direkt an alle am Krieg beteiligten Parteien, besonders natürlich auf der serbischen Seite, auch wenn andernorts zur "Befreiung" der serbisch bewohnten Gebiete innerhalb der von Kroatien beanspruchten Grenzen aufgerufen wird. Kritik jedweder Art an der kroatischen Staatsführung wird mit Methoden geahndet, die uns aus früheren Zeiten leider bestens bekannt sind: Reaktionen werden gefeuert, Zeitungen geschlossen, Kritiker verhaftet.

Und im moslemischen Bosnien darf das Wort Frieden schon gar nicht mehr erwähnt werden! Geheimpolizisten reisen durch die Welt und erheben bei den Auslandsbosniern Kriegssteuern zum Waffenkauf. Die eigene Bevölkerung wird als Geisel mißbraucht, Kinder müssen auf warme Kleidung verzichten, weil Herr Izetbegovich fadenscheinig Spenden zurückschickt um bessere Mitleidseffekte zu erzielen. Flüchtlinge werden von ihm an der Flucht gehindert, um sie weiterhin den Kämpfen auszusetzen. An Friedensgesprächen will er nicht teilnehmen, da er sonst Macht abgeben müßte. Andererseits träumt er vom "heiligen Krieg" der Moslems.

In Belgrad hat die Opposition zwar hinsichtlich der Medien auch einen schweren Stand, sie kann sich aber dort immer noch artikulieren, und sie kämpft weiter für den Frieden. Auch wenn sie von außen keine Unterstützung erhält und zusätzlich den ungleichen Kampf gegen die Macht der Ignoranz (insbesondere) der deutschen Presse führen muß, dürfen wir die Stimme des Friedens in Serbien nicht verstummen lassen!

Dr. Zorica A. Becker-Kojic.



Gegendarstellung zu Dr Becker-Kojics Artikel:

Frau Becker-Kojic schreibt in ihrem Artikel, daß der AK MIR "vorrangig die kroatische und moslemisch-bosnische

Sichtweise des Konflikts im ehemaligen Jugoslavien" vertritt. Der AK MIR will Solidarität mit den Opfern des Krieges bezeugen und erreichen. Als Opfer sehen wir die Zivilbevölkerung der überfallenen und umkämpften Gebiete in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die Serben, Kroaten und "Bosnier" (so bezeichnen sich viele aus diesem Land unabhängig von ihrer "Nationalität"). Die unbewaffneten Menschen werden vertrieben, abgemetzelt oder zum Krieg gepreßt. Der AK steht allen offen, die sich für die Verbesserung der Lage der Kriegsbetroffenen einsetzen, z.B. durch Arbeit für die Beendigung des bewaffneten Konflikts und seine Rückführung auf die Verhandlungsebene, z.B. durch humanitäre Hilfe.

Für die sprachlichen Entgleisungen unseres Gastredners am 5. 11. entschuldigen wir uns, aber er sprach nicht im Namen des AK MIR, und zu einer Darstellung der Lage in einem Kriegsgebiet von einem Augenzeugen sind emotionale Äußerungen von einem Veranstalter nicht zu verhindern.

Frau Becker-Kojic, es steht Ihnen offen, ihre Ideen für Kriegsopferhilfe und Friedensarbeit für das ehemalige Jugoslavien in den AK MIR einzubringen. Also bis Dienstag, 20 Uhr im Studihaus? Birgit für den AK MIR

Vorsicht Rattenfänger

Am Donnerstag, den 29.10., fand im Studihaus eine Veranstaltung des Ak Mir in Zusammenarbeit mit der Fachschafftskonferenz statt (siehe auch Veranstaltungsbericht). Ich will mich im folgenden nicht mit den Inhalten der Veranstaltung auseinandersetzen.

Im folgenden soll vielmehr auf das an der Veranstaltung massiv vertretene "Schiller-Institut" eingegangen werden. Wie auch zu Zeiten des Golfkriegs versucht das Schiller-Institut (SI) erneut, die Friedensbewegung zu unterwandern und für Ihre Zwecke zu mißbrauchen. Zuerst einmal zur Geschichte des SI Das SI (gegründet 1984) ist eine Unterorganisation der "Patrioten für Deutschland", die 1985 aus der "Europäischen Arbeiterpartei"(EAP) hervorgegangen ist. Die "Patrioten" kandidierten 1986 bei den Landtagswahlen in Niedersachsen und 1989 bei den Europawahlen, wobei sie jedoch nur 12.904 Stimmen erzielten. Vorsitzende des SI und der "Patrioten" ist Helga Zepp-La-

Rouche. Sie ist die Gattin des US-amerikanischen Rechtsradikalen Lyndon Hermyle LaRouche, der zur Zeit wegen Steuerangelegenheiten eine Haftstrafe absitzt. Dem weltweit aktiven LaRouche Trust werden enge Verbindungen zum Ku-Klux-Klan und zu südamerikanischen Todesschwadronen nachgesagt. Das SI, mit Sitz in Laatzen (Niedersachsen), ergreift in seinem Flugblatt "Stoppt den Völkermord auf dem Balkan" vorbehaltlos Partei zugunsten Kroatiens. Hinter Serbien stehe die "untergegangene Jalta-Ordnung", die auch zu verhindern suche, "daß das vereinigte Deutschland im Eurasischen Herzland eine führende wirtschaftliche Rolle spielt". Und ganz im Sinne des rechtsextremen Geschichtsrevisionismus heißt es weiter: "Aber genau dieser geopolitische Wahnsinn hat bereits zum Ersten Weltkrieg und durch den Versailler Vertrag letztlich auch zum Zweiten Weltkrieg geführt" Sprich: alle waren am Zweiten Weltkrieg schuld, außer natürlich den Deutschen. Das SI nimmt auch regelmäßig an Veranstaltungen des "Kroatischen Nationalrats"(HNV, Hrvatski narodno vjece) teil, so z.B. anlässlich des Jahrestages des Gründungstages des "Unabhängigen Staates Kroatien" unter Ante Pavelic vom 10. April '41. Das Ziel des 1974 in Toronto gegründeten "Kroatischen Nationalrats" ist die Wiederherstellung des "unabhängigen Staates Kroatien"(1941-45) unter dem damaligen Ustascha-Führer Pavelic.

Das SI versucht in den letzten Wochen verstärkt, Gruppen zu unterwandern, die sich mit dem Bürgerkrieg in Jugoslavien beschäftigen. Neben Heidelberg gibt es solche Berichte auch aus Mainz und Mannheim. In Mannheim verteilte der neugegründete "Kroatische Studentenverein an der Uni Mannheim e.V." Flugblätter des SI. Generalsekretärin dieser Gruppe ist Katharina Hinic. Deren Vater Petar Hinic ist Koordinator der vor allem in Bayern und Baden Württemberg ansässigen 15 Ortsgruppen des "Kroatischen Nationalrats"(HNV). Welche Ziele das SI verfolgt, dürfte hiermit wohl einigermaßen klar geworden sein. Eine Zusammenarbeit mit ihnen sollte indiskutabel sein, es sei denn, mensch stellt sich in dieselbe Ecke.

Martina Thomas

El Salvador

El Salvador - die Macht von Armee und Todesschwadronen brechen

Als am 1.2.92 das Friedensabkommen in Kraft trat, herrschte zunächst Freude über das Ende eines langen Krieges. Hunderttausende von Totensopfern und Millionen Flüchtlinge verursachte der Krieg der Regimes gegen das eigene Volk. Trotzdem schafften große Teile der Bevölkerung die Organisierung eines Widerstandes. 1980 formierte sich die nationale Befreiungsbewegung FMLN, um die Unterdrückung und Gewalt von Regime, Oligarchie und Armee, einschließlich der Todesschwadronen, aktiv zu bekämpfen. Daß sie dabei immer knapp scheiterte lag an der großzügigen Unterstützung, die Regime und Militär aus dem Ausland genossen; so zum Beispiel Milliarden US\$ und Militärberatung aus den USA und Waffenlieferungen vor allem aus Israel.

So wurden die bestehenden Machtverhältnisse gefestigt und trotz zum Teil unterschiedlicher Interessen von Regime, Oligarchie und Armee konnten diese einen revolutionären Umsturz verhindern. Andererseits konnten sie die Macht und den Einfluß der FMLN und der Volksorganisation nicht beseitigen, und wurden so durch die Teilerfolge des politischen und militärischen Kampfes der FMLN an den Verhandlungstisch gezwungen.

Bis 31.10.92 sollte der Friedensvertrag



UNTERSTÜTZT DIE FMLN

Die Spendenkampagne geht weiter!

Neues Konto: BfG Heidelberg,
Kto-Nr. 1088 787 700 (BLZ 672 101 11)
Informationsstelle El Salvador e.V.,
Heerstr.205, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228 - 694562; Fax: 631226

KONTOSTAND 02.11.92: 47 040,94 DM

umgesetzt werden, doch zahlreiche Abkommen sind seitens der Regierung noch lange nicht erfüllt, so daß die Frist von der UNO bis 15.12.92 verlängert wurde. Zu viele Punkte sind im Friedensvertrag ungenau formuliert und bedürfen harter Nachverhandlungen. Die Machthaber sind aus unterschiedlichen Gründen nicht bereit, von ihren Interessen auch nur so weit abzurücken, wie die Vereinbarungen es fordern. Weniger spektakulär, weil weniger gewaltsam, geht der Kampf um Befreiung in El Salvador weiter. Das Friedensabkommen ist eine große Chance, aber auch ein Risiko für das Befreiungsprojekt in dem mittelamerikanischen Land.

Bei der Veranstaltung am 14.11. wird Reinhard Jung-Hecker über die konkrete Umsetzung der Friedensvereinbarungen sprechen. Er war bis Juni 92 Mitglied der UNO-Friedensbeobachtermission und wird auch über seine Arbeit und die Menschenrechtssituation berichten.

Lateinamerikakomitee

Eine Welt

unimut

Grachmusikoff



Grachmusikoff - Blues, Blos'n'Fun aus Schwaben

Die Initiative für ein Eine-Welt-Zentrum führt ein Konzert mit der schwäbischen Rockband Grachmusikoff durch. Grachmusikoff - dieser Name steht für Kabarett, Clownerie, Theater, Klamauk, Spaß und Entertainment. Die fünf Allroundmusiker spielen bodenständigen Rock und Blues mit treffsicheren ironischen bis hin zu grotesken Texten. Die Zwillinge Georg und Axel (Ex-Schwoißfuß) Köberlein, Hansi Fink, Zimmi Zimmermann und Rico Stelle sorgen für einen bombastischen Abend: Oper buffa!! KritikerInnen sind sich einig: Die beste schwäbische Rockband der Welt.

Samstag, 21.11., Aula des Studentenwerks INF 684, 20.30. Eintritt 12/14 Mark, VVK Dritte-Welt-Laden, Der Andere Buchladen. Vor dem Konzert werden ab 19 Uhr Gruppen der Initiative Eine-Welt-Zentrum über ihre Arbeitsschwerpunkte informieren.



Obere Seegasse 18
6900 Heidelberg
Tel. (0 62 21) 72 02 96

Tagesseminar 21.11. "Islamischer Fundamentalismus"

Was geschieht in Iran, in Algerien, in den ehemaligen Sowjetrepubliken,...? Wie ist das politische Erstarken fundamentalistischer Kräfte zu erklären? Wir wollen versuchen, einige sachliche Informationen zu einem Komplex zu liefern, der hierzulande viel, aber oft ohne eine Auseinandersetzung mit den Hintergründen diskutiert wird. Die beiden Teile des Seminars (10-12 und 13-17 Uhr) können auch unabhängig voneinander besucht werden. Veranstalter ist die Iranische Studentenorganisation und DIS. Veranstaltungsort ist das Deutsch-Amerikanische-Institut.

Fari

Nord Irland

Informationsveranstaltung zur Situation der irischen Kriegsgefangenen

Am Dienstag, den 17.11.92, findet im Autonomen Zentrum, Alte Bergheimerstr. 7a, eine Informationsveranstaltung mit einer Vertreterin und einem Vertreter von Sinn Féin statt. Sie werden unter anderem über die heutige Lage in den Gefängnissen berichten.

Vor elf Jahren starben im Kampf gegen ihre Kriminalisierung 10 Gefangene aus der IRA und der INLA im Hungerstreik. Sie hatten ihre Anerkennung als politische Gefangene gefordert. Trotz der großen, weltweiten Solidarität, die die Hungerstreikenden erfuhren, mußte der Streik ohne konkrete Zusagen der Thatcher-Regierung abgebrochen werden. Er hatte jedoch noch einmal die Ziele der republikanischen Bewegung, ihren Kampf in Englands erster und letzter Kolonie, weit über Irlands Grenzen hinaus bekannt gemacht.

Im März 1992 wurden 21 republikanische Frauen im Maghaberry Gefängnis brutalen Körperkontrollen, sog. "Strip Searches", auch durch männliche Wärter unterzogen. Dazu heißt es in einer Erklärung der Frauen vom 2.4.92: "Zu behaupten, Frauen wünschten wirklich, niedergeworfen und körperlich und sexuell attackiert zu werden, ist jenseits jeglicher Vorstellungskraft ... Es ist allerdings interessant festzustellen, daß Frauen in der Tat eine Behandlung erfahren, die Männer nicht erhalten - Strip Searches. Von männlichen Gefangenen wird niemals erwartet, sich für eine Kontrolle völlig zu entkleiden. Dieses Privileg ist Frauen vorbehalten." Neben dem Bericht über die heutige Situation der republikanischen Gefangenen soll es ausreichend Gelegenheit zur Information über die aktuelle politische Situation geben.

Veranstalter ist die Irland-Initiative MA/HD, die Veranstaltung beginnt pünktlich um 20 Uhr.

üs